

Hamburg, 04. April 2019

Pressemitteilung

**Recht auf Stadt Hamburg beteiligt sich am bundesweiten Aktionstag
"Mietenwahnsinn stoppen"**

vom Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg

In etlichen Städten wird am Samstag, den 6. April 2019 gegen den Mietenwahnsinn und für günstigen Wohnraum demonstriert. Auch Recht auf Stadt Hamburg beteiligt sich an den Protesten: Am Samstag findet auf dem Spielbudenplatz ein Aktionsnachmittag statt. Nicht zufällig vor dem Esso-Häuser-Areal, denn dort steht gerade eines der besten und zukunftsträchtigsten Hamburger Stadtentwicklungsprojekte der letzten Jahre auf der Kippe. Treffpunkt für Pressevertreter*innen ist um 16:15 Uhr vor der PlanBude.

Unter den Aktionen wird es ein Mietspiegel-Stelzenlauf unter dem Motto "Wie weit kannst du wohnen?" sowie eine Galerie mit Thesen und Forderungen zur Wohnungspolitik geben.

Während bundesweit bereits Großdemonstrationen am 6. April u.a. in Berlin, Stuttgart und Köln angekündigt sind, reiht sich Hamburg in die Massenproteste erst am 4. Mai ein. 83 Stadtteilinitiativen, Hamburger Mietervereine und Gewerkschaften rufen dann in Hamburg zum Protest gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung auf. Unter dem Motto "Mietenwahnsinn stoppen – günstige Räume für alle" startet der zweite MIETENmove am 4. Mai um 13 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Jede*r dritte Mieter*in fürchtet inzwischen, sich die Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Dabei werden Jahr für Jahr tausende Wohnungen in Hamburg fertiggestellt. Doch die sind fast ausschließlich viel zu teuer. Günstige Wohnungen für Familien, Wohnungslose und Menschen mit geringem Einkommen bleiben Mangelware.

Hamburg braucht mehr Sozialwohnungen! Schließlich hat etwa jede*r zweite Hamburger*in ein Anrecht auf eine geförderte Wohnung. "Die Regel beim Bau muss dabei lauten: Einmal gefördert, immer bezahlbar", sagt Steffen Jörg von der Stadtteilgruppe St. Pauli selber machen. Gewinnerorientierte Bauherren dürften nicht mehr länger von Fördergeldern profitieren. Auf öffentlichem Grund sollten grundsätzlich nur noch Sozialwohnungen mit lang andauernden oder unbefristeten Mietpreisbindungen gebaut werden.

Zu den Erstunterzeichnenden zählen in diesem Jahr neben vielen Initiativen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt auch beide Hamburger Mietervereine (Mieter helfen Mietern und Mieterverein zu Hamburg) sowie die Gewerkschaft ver.di und GEW. "Immer mehr Hamburger*innen trifft der Mietenwahnsinn – egal ob man einen alten Mietvertrag hat oder sich gerade auf Wohnungssuche befindet", sagt Christina Zeh von der Initiative Pro Wohnen Ottensen. Immobiliengesellschaften wie Akelius und andere würden aus jedem Quadratmeter so viel Gewinn wie möglich herauspressen. "Wenn diese Entwicklung weitergeht, werden sich bald nur noch Besserverdienende ein Leben in der Stadt leisten können."

Recht auf Stadt Hamburg fordert deshalb:

- **Grundsätzlich kein weiterer Verkauf städtischer Grundstücke oder Wohnungen**
- **auch kein Verkauf von Bundesimmobilien.**
- **Alternative Wohnformen wie Wohnprojekte oder Bauwagenplätze müssen möglich und finanzierbar sein.**
- **Gemeinwohlorientierte Modelle wie Genossenschaften und Stiftungen müssen gestärkt werden.**
- **Wohnungspolitik muss sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Bewohner*innen richten, nicht nach wirtschaftlichen Interessen von Investoren.**

Kontakt für Rückfragen:

Sprecher*innenrat vom Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg

E-Mail: info@rechtaufstadt.net

Telefon: 0152 27 26 63 45

Weitere Informationen:

<http://www.rechtaufstadt.net>

<http://www.mietenmove.org>